

DIE BERLINER MAUER IN DER WELT



BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG

DIE BERLINER MAUER IN DER WELT

Hrsg. von Anna Kaminsky
im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der
SED-Diktatur

Aktualisierte und erweiterte Neuauflage,
erarbeitet von Lena Ens und Moritz Reininghaus

IN MEMORIAM

Dr. Ulrike Guckes
geb. Gleinig

1978-2013

Die Berliner Mauer in der Welt
Herausgegeben im Auftrag der Bundesstiftung
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Kronenstraße 5
10117 Berlin
www.bundesstiftung-aufarbeitung.de
buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de

Dritte aktualisierte und erweiterte Auflage
Erstausgabe 2009

1. Auflage der Neuauflage – Berlin: Berlin Story Verlag 2021
ISBN 978-3-95723-184-0
eISBN 978-3-95723-716-3
Alle Rechte vorbehalten.

Redaktionsschluss: 15. April 2021
© Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 2021
Berlin Story Verlag GmbH
Leuschnerdamm 7, 10999 Berlin
Tel.: 030 20911780
Fax: 030 692040059
UStID: DE276017878
AG Berlin (Charlottenburg) HRB 132839 B
www.BerlinStory.de, E-Mail: Service@BerlinStory.de
Umschlag und Satz: Norman Bösch
Umschlagabbildungen:
Simi Valley, Kalifornien, Ronald Reagan Presidential Library and Museum (s. [S. 182](#)), Sosnówka, Polen (s. [S. 116](#)), Yokohama, Japan, TÜV Rheinland Yokohama (s. [S. 272](#))

WWW.BERLINSTORY.DE

INHALT

GELEIT

Anna Kaminsky

VOM MAUERBAU ZUM MAUERFALL

KURZE GESCHICHTE DER TEILUNG

Maria Nooke

**„... ES GIBT EINE GANZE MENGE
GUTER GRÜNDE DAFÜR, AUCH DEN
13. AUGUST NICHT AUS DEM AUGEN
ZU VERLIEREN.“**

DIE ERINNERUNG AN DIE BERLINER MAUER SEIT 1990

Anna Kaminsky

DIE BERLINER MAUER IN DER WELT

Europa

Deutschland

Nordamerika

Zentralamerika

Südamerika

Afrika

Asien

Australien und Ozeanien

Mars

DIE STIFTUNG BERLINER MAUER

ALS SACHWALTERIN DER TEILUNGSIKONE

Axel Klausmeier

ZWISCHEN VERSCHWINDEN UND GEDENKEN

DIE ERINNERUNG AN DIE BERLINER MAUER HEUTE

Rainer E. Klemke

DIE BOTSCHAFT DER MAUERSEGMENTE

Leo Schmidt

BETON ZU GELD

DAS GESCHÄFT MIT DER BERLINER MAUER

Ronny Heidenreich

Autorenverzeichnis

Danksagung

Geografisches Register

GELEIT

Die ab dem 13. August 1961 von den kommunistischen Machthabern in Ost-Berlin errichtete Mauer teilte nicht nur die einstige deutsche Hauptstadt in Ost und West. Die Mauer wurde auch zum Symbol des menschenverachtenden Regimes hinter dem „Eisernen Vorhang“ und zum Symbol für die Teilung der Welt in den von der Sowjetunion beherrschten Ostblock mit seinen kommunistischen Diktaturen und die demokratischen Staaten der westlichen Hemisphäre.

Noch im Sommer 1989, als es in den kommunistischen Staaten längst gärte und die Menschen ihren Protest immer mutiger zu artikulieren begannen, konnte sich weder in Ost noch West wirklich jemand vorstellen, dass diese Mauer in absehbarer Zeit fallen, die kommunistischen Diktaturen überwunden wären und der Kalte Krieg ein Ende finden würde. Während die SED-Führung in der DDR noch über den dauerhaften Bestand der Mauer schwadronierte, hatte in Polen die unabhängige Gewerkschaft Solidarność in halbfreien Wahlen triumphiert. Während das SED-Regime immer noch auf Menschen schießen ließ, die versuchten, ihre Vorstellung von einem selbstbestimmten Leben durch Flucht in den Westen zu verwirklichen, begann die ungarische Staats- und Parteiführung den „Eisernen Vorhang“ zu öffnen. Noch am 5. Februar 1989 erschossen ostdeutsche Grenzsoldaten den 20-jährigen Chris Gueffroy bei seinem Versuch, die Mauer nach West-Berlin zu überwinden. Hunderte Menschen wurden an der Mauer in Berlin und an der innerdeutschen Grenze bei ihren

Fluchtversuchen von ostdeutschen Grenzern erschossen. Das unmenschliche Grenzregime und die Mauer zerstörten das Leben ungezählter Menschen, die Freunde, Familie oder ihre Heimat verloren und oft über Jahrzehnte voneinander getrennt waren.

Die Friedlichen Revolutionen in nahezu allen Ländern des ehemaligen Ostblockes und der Fall der Berliner Mauer gehören zu den großen historischen Ereignissen. Mit diesen Revolutionen überwandten die Menschen in der DDR und in Mittel- und Osteuropa die kommunistischen Diktaturen und schufen so die Voraussetzungen für das Ende der deutschen und europäischen Teilung. Infolge der mittelosteuropäischen Revolutionen von 1989/1991 zerfiel das sowjetische Imperium binnen weniger Monate. Mit den Hunderttausenden, die auf und an der Berliner Mauer tanzten und feierten, wurde die Mauer nunmehr auch zu einem Symbol für den Freiheitswillen und für den erfolgreichen Kampf gegen Unfreiheit und Diktatur.

Binnen weniger Jahre verschwanden in Berlin fast alle Spuren, die die Mauer und die Teilung im Stadtbild hinterlassen hatten. Zu groß schien der Wunsch mit der Erlangung von Freiheit, Demokratie und Einheit alle Spuren, die an die schreckliche Geschichte erinnerten, zu entfernen. Erst etwa 15 Jahre nach dem Fall der Mauer und nachdem fast nichts mehr an die Teilung im Stadtbild erinnerte, besann sich der Berliner Senat auf ein Gesamtkonzept zur Erinnerung an die Berliner Mauer und die Teilung der Stadt. Die wenigen noch vorhandenen Reste der Mauer und Mauerorte sollten nun erhalten und in einem Gesamtkonzept aufeinander bezogen werden.

Während die Berliner begannen, sich der Mauer so schnell wie möglich zu entledigen, gab es außerhalb Deutschlands ein großes Interesse an den Resten der Mauer. Ungezählte der tonnenschweren Betonplatten, mit denen West-Berlin eingemauert worden war, fanden auf unterschiedlichen Wegen einen neuen Standort. Sie sind heute auf allen Kontinenten zu finden, wo sie als geschichtsträchtige Erinnerungsstücke, als Siegestrophäen, als Freiheitssymbole oder auch als Kunstobjekte an die überwundene Teilung der Welt und den Kampf für Freiheit und Demokratie erinnern. In den letzten Jahren sind zudem neue Installationen hinzugekommen oder bestehende Mauerdenkmäler genutzt worden, um auf neuere politische Entwicklungen aufmerksam zu machen oder Proteste durch die Nutzung symbolträchtiger Mauersegmente zu verstärken. Dies betraf ebenso Proteste gegen Donald Trumps Vorhaben, an der Grenze zu Mexiko eine Mauer zu bauen, die die illegale Einwanderung in die USA unterbinden soll, wie die Nutzung von Mauerteilen als Bezugspunkt für die Forderungen nach Demokratie und Freiheit in Belarus.

Für den vorliegenden Band wurden rund 170 Orte weltweit ausfindig gemacht, an denen sich heute Mauerteile befinden. Vorgestellt werden über 280 komplette Mauersegmente sowie etwa 40 kleinere Teile, die zur Vorder- und auch Hinterlandmauer gehörten, die den Grenzstreifen auf West- bzw. Ost-Berliner Seite markierten. Einige der in der 2. Auflage dieses Buches enthaltenen Mauerteile sind heute nicht mehr auffindbar. Vielleicht tauchen sie in einigen Jahren mit einer neuen Botschaft versehen wieder auf.

Die heutigen Besitzer der Mauerteile wurden für dieses Buch gebeten, die Geschichte „ihres“ Mauerteiles zu erzählen.

Entstanden sind spannende, kuriose, aber mitunter auch tragische Berichte, in denen sich die vielfältige und komplexe Erinnerung an die Berliner Mauer spiegelt: Es sind Geschichten von Künstlern in aller Welt, die aus Mauerresten ein Freiheitsdenkmal schaffen wollten, von Schülerinnen und Schülern, die ihre Vorstellungen von einer besseren Welt auf die steinernen Flächen auftrugen, von Politikern, deren politisches Schicksal durch die Mauer maßgeblich geprägt wurde, aber auch von Privatpersonen, deren Schicksal auf die ein oder andere Weise mit dem geteilten Deutschland verbunden war wie beispielsweise Tom Kaulitz, der Heidi Klum ein Mauerteil zur Hochzeit schenkte. Kunstmuseen und -sammler stellen die Mauerteile vor allem wegen der mitunter farbenprächtigen Graffiti in ihren Ausstellungen aus; in den Geschichtsmuseen stehen die Mauerteile oftmals stellvertretend für die Epoche der Ost-West-Konfrontation und den Sieg von Freiheit und Demokratie über Unfreiheit und Diktatur. Im portugiesischen Wallfahrtsort Fátima weihte der Papst ein Mauerdenkmal, aber auch in den Vatikanischen Gärten ist ein Mauersegment zu finden. Selbst auf dem Mars hat die Erinnerung an die Mauer dank der NASA ihre Spuren hinterlassen. So entstanden anrührende, pathetische, kunstvolle oder auch witzige und kuriose Darstellungen und Kunstwerke.

Die Reste der Berliner Mauer wurden so als Zeugnisse des Kalten Krieges, der Konfrontation zwischen demokratischen und diktatorischen Staaten, als Trophäen oder auch als symbolische Warnungen vor neuen Grenzen oder Menschenrechtsverletzungen über den gesamten Erdball verteilt. Unabhängig von der jeweiligen konkreten Interpretation der Mauersegmente vor Ort zeigen sie vor allem eines deutlich: Die Erinnerung an die deutsche Teilung und die Freude über den Fall der Mauer als Symbol für den

Zusammenbruch der totalitären kommunistischen Systeme sind in aller Welt bis heute präsent und werden immer wieder mit neuen Botschaften und einer neuen Sinnggebung versehen.

Allen, die mit ihren Geschichten, Fotos, Recherchen und sonstiger Unterstützung zum Entstehen dieses Buches beigetragen haben, sei an dieser Stelle herzlich und aufrichtig gedankt. Ohne ihre Bereitschaft, ihre eigenen Erlebnisse und Erfahrungen, Bilder und Erinnerungen zur Verfügung zu stellen und selbst in den entlegensten Gegenden auf Spurensuche zu gehen, hätten wir viele der abgebildeten Geschichten nicht erzählen und zeigen können. Vielen Dank!

Berlin, März 2021

Anna Kaminsky

VOM MAUERBAU ZUM MAUERFALL

KURZE GESCHICHTE DER TEILUNG

Maria Nooke

Am 13. August 1961, nachts um 1 Uhr, ging am Brandenburger Tor das Licht aus und Angehörige von Polizei und Kampfgruppen zogen an der Sektorengrenze auf. Zehn Minuten später meldete der DDR-Rundfunk, dass an der West-Berliner Grenze eine „Ordnung“ eingeführt werde, die eine „verlässliche Bewachung und wirksame Kontrolle“ gewährleiste.¹ Innerhalb weniger Stunden sperrte die DDR-Führung die Grenze nach West-Berlin durch Stacheldrahtsperrern ab. In den folgenden Tagen und Wochen ließ sie eine undurchlässige Grenzanlage, die Berliner Mauer, bauen. Sie trennte die Millionenstadt in zwei Teile. Die Bilder von der Ungeheuerlichkeit dieser Grenzschießung gingen um die ganze Welt. Die Verzweiflung der betroffenen Menschen und die Ansicht vom Brandenburger Tor mit einer menschlichen Mauer aus schwer bewaffneten Grenzposten haben sich tief in das kollektive Gedächtnis eingepreßt.

Am 9. November 1989 stand das Brandenburger Tor erneut im Mittelpunkt des weltweiten Interesses: Die Mauer war gefallen. Nun sah man Bilder von jubelnden Menschen, die auf der Mauerkrone vor dem Brandenburger Tor tanzten. Die Euphorie über das Ende der Teilung bewegte nicht nur die Berliner, nicht nur die Deutschen in Ost und West, sondern wieder die Menschen in aller Welt.

Mehr als 28 Jahre hat die Mauer Berlin geteilt. Ihr Anfang und ihr Ende markieren wichtige Stationen einer historischen Epoche, die unter dem Begriff „Kalter Krieg“ in die Geschichte eingegangen ist. Die Berliner Mauer offenbarte die Unmenschlichkeit des DDR-Grenzregimes, dessen Menschenverachtung in Todesschüssen auf Flüchtlinge seinen stärksten Ausdruck fand. Mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 wurde sie darüber hinaus zum Symbol für die friedliche Überwindung der Teilung. Damit war das Ende der DDR besiegelt und die Wiedervereinigung Deutschlands möglich geworden.²



Das Brandenburger Tor nach dem Mauerfall

© Archiv Bundesstiftung Aufarbeitung / Bestand Uwe Gerig Nr. 4563

DEUTSCHLAND UNTER BESATZUNG DER SIEGERMÄCHTE DES ZWEITEN WELTKRIEGES³

Die Ursachen der deutschen Teilung lagen in dem von Nazideutschland angezettelten und verlorenen Zweiten Weltkrieg. Als sich die Niederlage Deutschlands abzeichnete, verhandelten die Alliierten über eine territoriale Neuaufteilung des Landes nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition. Sie legten die Aufteilung des Deutschen Reiches in drei, später vier Besatzungszonen fest und vereinbarten für die Reichshauptstadt Berlin einen Sonderstatus. Die Stadt sollte ebenfalls in vier Sektoren aufgeteilt werden und eine gemeinsame Militärkommandantur bekommen. Bei der Festlegung der Besatzungszonen und Sektoren orientierte man sich an den alten Landes- und Stadtbezirksgrenzen. Mit der Aufteilung Deutschlands sollte das Machtsystem Hitlers endgültig zerstört werden.

Auf der Konferenz in Jalta im Februar 1945 wurde die Einsetzung eines Alliierten Kontrollrats als oberste Regierungsgewalt beschlossen. Die Alliierten gingen davon aus, dass es keine getrennten Zuständigkeiten in den einzelnen Besatzungszonen geben würde, sondern diese gemeinsam zu verwalten und zu regieren seien.

Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 einigten sich die Siegermächte auf die Grundlinien der gesellschaftlichen und politischen Umgestaltung Deutschlands. Dazu gehörten die Demokratisierung der politischen Strukturen, eine umfassende Entmilitarisierung und Entnazifizierung, die Dekartellisierung der Wirtschaft und eine Dezentralisierung in Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Aber schon bei diesen Verhandlungen auf der Potsdamer Konferenz wurde deutlich, dass eine gemeinsame Deutschlandpolitik der früheren Verbündeten wegen der unterschiedlichen machtpolitischen Interessen nicht mehr möglich war.

In der Folgezeit zeigten sich die Auswirkungen der gegensätzlichen Interessen auch durch die Installierung unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Systeme. In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurden sozialökonomische Bedingungen als Grundlage für die Errichtung einer Volksdemokratie nach sowjetischem Vorbild forciert. Innerhalb kurzer Zeit konnte eine kommunistische Einparteiherrschaft errichtet und die Wirtschaft durch Vergesellschaftung von Eigentum in eine Planwirtschaft überführt werden. In den westalliierten Besatzungszonen entstanden dagegen wirtschaftliche und politische Strukturen, die in der demokratischen Tradition der westlichen Besatzungsmächte und einer privatwirtschaftlichen Eigentumsordnung standen. Die Beziehungen zwischen den Alliierten verschlechterten sich aufgrund dieser unterschiedlichen Positionen stetig. Im März 1948 verließ der sowjetische Vertreter den Alliierten Kontrollrat. Eine gemeinsame Vier-Mächte-Verwaltung für ganz Deutschland war damit gescheitert. Die beiden Teile Deutschlands entwickelten sich immer mehr zu eigenständigen Staaten.

Die deutsche Bevölkerung reagierte auf ganz eigene Weise auf diese Situation. Schon unmittelbar nach Kriegsende strömten Millionen von Menschen über die Demarkationslinien. Sie waren auf der Suche nach Heimat, Familienmitgliedern oder auch nur nach Verpflegung, um das Überleben zu organisieren. Dabei war die Wanderung aus der sowjetisch besetzten Zone in die westlich gelegenen Zonen von Anfang an stets größer als die von Westen nach Osten. Die Mehrzahl der Flüchtlinge waren Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten, die nun zu Polen gehörten. Mit voranschreitender Sowjetisierung der Verhältnisse in der SBZ waren auch zunehmend politische und wirtschaftliche Gründe Anlass für Fluchten.

Den endgültigen Bruch zwischen den Alliierten löste die einseitig in den Westzonen durchgeführte Währungsreform aus.⁴ Um angesichts der schwierigen Versorgungslage und des florierenden Schwarzmarktes eine stabile Finanz- und Wirtschaftspolitik in Gang setzen zu können, und damit auch die Wirtschaftsentwicklung im westeuropäischen Kontext zu stärken, wurde am 20. Juni 1948 in den westlichen Besatzungszonen anstelle der Reichsmark die D-Mark eingeführt und zum offiziellen Zahlungsmittel erklärt. Eine Reaktion vonseiten der Sowjetunion war vorprogrammiert, da sonst die gesamte Wirtschaft in der SBZ zum Erliegen gekommen wäre. Denn das alte Geld floss dorthin, wo es noch Wert hatte – insbesondere nach Ost-Berlin. Am 24. Juni konterte die Sowjetische Militäradministration (SMAD) mit der Einführung der Ost-Mark in ihrem Machtbereich. Die Anweisung der SMAD an den Berliner Oberbürgermeister, diese Währung auch für die westlichen Berliner Sektoren als verbindlich durchzusetzen, erklärten deren Besatzungsmächte umgehend für unwirksam und legten die D-Mark als Zahlungsmittel für West-Berlin fest. Damit kursierten in Berlin zwei Währungen.

Gleichzeitig mit der Währungsumstellung begann die sowjetische Seite mit der Berlin-Blockade.⁵ Sämtliche Zugangswege nach West-Berlin wurden unterbrochen. Der westliche Teil der Stadt war damit in seiner Existenz bedroht. Lebenswichtige Versorgungswege waren von einem Tag auf den anderen abgeschnitten. Lieferungen von Kohle, Strom und Lebensmitteln blieben aus. Die Sowjetunion wollte durch den Entzug der Lebensgrundlagen auf die Bevölkerung Druck ausüben und Berlin dem Einfluss der Westmächte entziehen. Aber die Westalliierten gaben Berlin nicht auf, sondern sorgten für das Überleben der Stadt durch eine Luftbrücke. Über Monate starteten und landeten im Minutentakt Flugzeuge der amerikanischen und

britischen Luftwaffe mit überlebenswichtigen Gütern zur Versorgung der Bevölkerung in der abgeriegelten Teilstadt. Diese Erfahrung, auf die Hilfe der westlichen Siegermächte trauen zu können, führte bei den West-Berlinern zu einem grundsätzlichen Wandel im Verhältnis zu den Alliierten: Aus Besatzern wurden Freunde. Sie hatte eine bleibende Wirkung, die sich auch in der Zeit nach dem Mauerbau widerspiegelte, als die Stadt wiederum einer extremen Situation unterworfen war.

SICHERUNG DER DEMARKATIONSLINIE UND EINSCHRÄNKUNGEN ZWISCHEN DEN ZONEN

Die Gründung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1949 und die Eskalation des Kalten Krieges wirkten sich gravierend auf die Absicherungen an den Demarkationslinien zwischen den Besatzungszonen und in Berlin aus.⁶ Anfangs galten die Grenzen zwischen den Besatzungszonen und den Berliner Sektoren lediglich als Verwaltungsgrenzen. Sie wurden aber im Zuge der Entwicklung zu politischen Einflussgrenzen und auch zu echten Zoll- und Wirtschaftsgrenzen.

Zunächst war das Passieren an der innerdeutschen Demarkationslinie ohne große Probleme möglich, allerdings jenseits der offiziellen Übergänge bereits illegal. Schon 1946 wurde in der SBZ auf Basis einer Kontrollratsdirektive der SMAD die Deutsche Grenzpolizei gegründet, die sowjetischen Dienststellen unterstand. Gleichzeitig wurde die Demarkationslinie zwischen der SBZ und den drei Westzonen für drei Monate gesperrt, um den Abfluss von Gütern und die Abwanderung von Menschen einzudämmen. Ab 1948 wurde vonseiten der SBZ verstärkt nach sogenannten Grenzverletzern gefahndet. Man versuchte, Schiebern und Schmugglern das Handwerk zu legen, aber auch angebliche Saboteure und Spione aufzuspüren. Ab

1950 übertrug die SMAD der Grenzpolizei auch die Kontrollaufgaben an den Übergängen.

Zur Steuerung des Besucherverkehrs zwischen den westlichen Zonen und der SBZ erfolgte 1946 ebenfalls auf Betreiben der sowjetischen Besatzungsmacht die Einführung von Interzonenpässen. Diese hatten eine Gültigkeit von 30 Tagen und wurden für die Erledigung dringender familiärer und geschäftlicher Belange ausgestellt. Noch während der Berlin-Blockade erließ die SMAD eine Verfügung, wonach für Besucher der SBZ neben den Interzonenpässen auch eine Aufenthaltsgenehmigung notwendig wurde. Damit wollte man den Reise- und Besucherverkehr zwischen den Zonen generell einschränken. Ein illegales Überschreiten der „Grünen Grenze“ war zwar weiterhin möglich, viele wählten aber eher den ungefährlichen Weg über Berlin. Denn durch den Sonderstatus der Stadt war West-Berlin relativ frei zugänglich.

Am 1. April 1948 wurde auf Weisung der SMAD um Berlin eine Polizeiformation „Ring um Berlin“ gebildet, die auf einer Strecke von 300 km um die gesamte Stadt, also auch um West-Berlin, Kontrollen durchführte. Dadurch sollte die offene Grenze so gut wie möglich überwacht werden, denn die Abwanderung aus dem sowjetischen Einflussbereich wurde zu einem immer größeren Problem. Bei Gründung der DDR im Oktober 1949 hatten bereits 1,9 Millionen Bürgerinnen und Bürger das Land Richtung Westen verlassen.

Die politisch gegensätzlichen Interessen der Sowjetunion auf der einen und der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf der anderen Seite verhinderten den Abschluss eines Friedensvertrages. 1952 unternahm die Sowjetunion mit der Stalin-Note einen Vorstoß, um die deutsche Frage zur Sicherung der eigenen Einflussinteressen zu lösen. Der sowjetische Regierungschef Josef Stalin bot die

Wiedervereinigung in einem neutralisierten Gesamtdeutschland an, freie Wahlen sollten unter alliierter Kontrolle stattfinden. Er wollte damit die Einbindung Westdeutschlands in das westliche Verteidigungsbündnis verhindern. Die Westmächte lehnten diesen Vorschlag als unglaubwürdig ab. Sie sahen darin den Versuch der Ausweitung des sowjetischen Einflusses auf Deutschland.

Diese Ablehnung, angebliche Diversionsaktivitäten sowie die anhaltende Abwanderung veranlassten die DDR-Behörden unter Einfluss der Sowjetunion, im Mai 1952 zwischen der DDR und der Bundesrepublik die Grenze zu schließen, um grenzüberschreitende Bewegungen unter Kontrolle zu bekommen. Damit wurde die Demarkationslinie zu einer wirklichen innerdeutschen Grenze. Zur Absicherung der 1.378 Kilometer langen Grenzlinie wurde auf Anweisung der sowjetischen Kontrollkommission auf DDR-Seite eine fünf Kilometer breite Sperrzone mit gestaffelten Sicherheitsbereichen eingerichtet. Nur mit Genehmigung konnte dieser Bereich betreten oder befahren werden. Versammlungen und Veranstaltungen waren ab 22 Uhr verboten.

Entlang der Grenzlinie wurde ein zehn Meter breiter Kontrollstreifen umgepflügt, Waldungen in diesem Bereich wurden abgeholzt. Dahinter erfolgte die Installation von Wällen, Gräben und Stolperdrähten mit Alarmanlagen. Das Überschreiten des Zehn-Meter-Kontrollstreifens war unter Androhung der Festnahme verboten. Bei Nichtbeachtung der Anordnungen durch die Grenzpolizei wurde geschossen.

An den Zehn-Meter-Streifen schloss sich ein 500 Meter breiter Schutzstreifen an, in dem ca. 110 Ortschaften lagen. Die Bewohner dieser Dörfer wurden besonders harten Bestimmungen unterworfen. Der Aufenthalt im Freien war im 500-Meter-Streifen nur von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang erlaubt, jeglicher Verkehr nach Einbruch

der Dunkelheit verboten. Veränderungen an den Grundstücken durften ohne Genehmigung nicht mehr vorgenommen werden. Mit der Einrichtung des Schutzstreifens erfolgte die Schließung zahlreicher Gaststätten, Erholungsheime und Pensionen. Strecken der Brockenbahn, die im landschaftlich reizvollen Harz die Urlaubsorte mit dem höchsten Berg verband, mussten stillgelegt werden. Denn die Bahn durfte nicht mehr durch westliches Gebiet fahren.

Bewohner des Sperrgebietes bekamen keine Interzonenpässe mehr. Ebenso erhielten Personen aus Westdeutschland ab sofort keine Einreisegenehmigung in den Fünf-Kilometer-Streifen. Um die Empörung der Bevölkerung im Keim zu ersticken, wurde in einer gezielten Aktion die Zwangsumsiedlung von sogenannten feindlichen, kriminellen und verdächtigen Elementen aus dem Schutzstreifen veranlasst. Unter dem Namen „Aktion Ungeziefer“ wurden 11.000 Bewohner innerhalb weniger Tage und unter unwürdigen Umständen, teilweise mit Einsatz von Gewalt, aus ihrer dörflichen Heimat vertrieben und in grenzferne Orte gebracht.⁷ Sie verloren dabei nicht nur ihre Heimat und den sozialen Rückhalt ihrer Dorfgemeinschaft, sondern auch einen großen Teil an Hab und Gut. Etwa 3.000 Personen entzogen sich dieser Zwangsmaßnahme durch Flucht in den Westen.

Die Schließung der Grenze führte auch zu einer Unterbrechung zahlreicher Verkehrsverbindungen: 32 Eisenbahnlinien, drei Autobahnen, 31 Fern- und Bundesstraßen, 80 Landstraßen erster Ordnung, 60 Landstraßen zweiter Ordnung sowie Tausende Gemeindewege wurden gesperrt.⁸ Im Westen entstand so ein „Zonenrandgebiet“, was negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage in den grenznahen Gebieten und auf die Lebenswirklichkeit der Bewohner hatte. Mittels

Förderprogrammen versuchte die Bundesregierung, die prekäre Situation der betroffenen Menschen in diesem Gebiet zu mindern. Auf der DDR-Seite wurde die Bevölkerung mit Sondervergünstigungen ruhiggestellt. Die Bewohner des Sperrgebietes erhielten Lohn- und Gehaltszuschläge, Steuererleichterungen und Rentenaufbesserungen. Außerdem wurden sie besser mit Konsumgütern versorgt.

Auch um Berlin gab es 1952 im Zuge der Grenzschießung ähnliche Einschnitte: 200 Straßen wurden unterbrochen. Damit waren knapp 75 Prozent der Verkehrsverbindungen zwischen West-Berlin und dem Umland nicht mehr nutzbar. Zwischen dem Bezirk Potsdam und West-Berlin wurde an verschiedenen Stellen ein Kontrollstreifen umgepflügt; zahlreiche private Grundstücke, häufig Eigentum von West-Berlinern, wurden durch die Grenzsicherung vereinnahmt. Entschädigungszahlungen an Grundstückseigentümer und Zwangsumgesiedelte fielen gering aus oder erfolgten überhaupt nicht. Zusätzlich zu den Maßnahmen an den Demarkationslinien wurde eine Unterbrechung der Telefon- und Stromleitungen zwischen Ost- und West-Berlin vorgenommen. Die DDR strebte eine getrennte Infrastruktur für Ost-Berlin an.

Die Fluchtbewegung ebnete jedoch nicht ab.⁹ Die meisten Flüchtlinge suchten ihren Weg über die weiterhin offenen Sektorengrenzen in Berlin. Insbesondere innenpolitisch brisante Situationen, wie während der Kollektivierung der Landwirtschaft oder bei dem forcierten Aufbau des Sozialismus im Vorfeld des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, bewegten viele DDR-Bürger zur Flucht. Um den Flüchtlingsstrom zu bewältigen, richtete die Bundesregierung 1953 in West-Berlin das Notaufnahmелager Marienfelde ein. Hier und in weiteren Aufnahmелagern hatten die Flüchtlinge ein Notaufnahmeverfahren zu

durchlaufen, das bei Anerkennung als Flüchtling eine Integration in die bundesdeutsche Gesellschaft befördern sollte.¹⁰

Im November 1953 beschlossen die Westmächte ihrerseits die Aufhebung des Interzonenpasszwanges und verzichteten auf die Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen. Damit gab es von westlicher Seite keine Reisebeschränkungen mehr. Das DDR-Passgesetz von 1954 dagegen stellte die sogenannte Republikflucht unter Strafe.¹¹ Das Strafmaß umfasste eine Haftstrafe von bis zu drei Jahren. Ende 1957 erfolgte eine weitere Verschärfung der Bestimmungen. Nun waren auch die Vorbereitung sowie der Versuch der Republikflucht strafbar.¹² Ebenso erfolgte eine Einschränkung bei der Bewilligung von Westreisen durch die DDR-Behörden. Bestimmte Alters- und Berufsgruppen, so z. B. Studenten, bekamen keine Genehmigungen mehr für eine Reise in die Bundesrepublik oder ins westliche Ausland.

DAS CHRUSCHTSCHOW-ULTIMATUM UND DIE ZWEITE BERLIN-KRISE

Im Herbst 1958 löste der sowjetische Partei- und Staatschef Nikita Chruschtschow mit einem Ultimatum an die Westalliierten die Zweite Berlin-Krise aus. Er forderte die „Umwandlung West-Berlins in eine selbstständige politische Einheit – eine Freie Stadt“, die entmilitarisiert sein müsse und in „deren Bestehen sich kein Staat, auch keiner der beiden deutschen Staaten einmischen dürfe“.¹³ Sollten die Alliierten diesen Forderungen zu einer Übereinkunft nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten nachkommen, werde er die geplanten Maßnahmen mit der DDR verwirklichen und dieser einseitige Souveränität zugestehen. Chruschtschow wollte die Schwachstelle Berlin als Hebel für seine politischen Ziele nutzen und die

Anerkennung der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Situation in Europa zementieren. Außerdem zielte sein Vorstoß darauf ab, die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu verhindern und das westdeutsche Militärpotenzial zu reduzieren. Sein Vorschlag, Berlin zu einer „freien und entmilitarisierten Stadt“ zu machen, bezweckte die Aufhebung des Viermächtestatus und ließ den Westen befürchten, dass die Sowjetunion die Stadt letztlich doch in ihren Machtbereich integrieren würde. Mit dieser angestrebten politischen Lösung zur Schwächung des Westens¹⁴ wollte Chruschtschow gleichzeitig das „Schlupfloch Berlin“ schließen und das Flüchtlingsproblem unter Kontrolle bekommen. Die Sowjetunion strebte zu diesem Zeitpunkt keine Wiedervereinigung mehr an. Die Westalliierten waren aber nicht bereit, ihre Rechte aufzugeben und wiesen den Vorschlag zurück. Der Vorstoß der Sowjetunion führte zu einer Verunsicherung der Bevölkerung und ab 1960 wiederum zum Anwachsen der Fluchtwelle. Viele Bewohner der DDR fürchteten, der Fluchtweg über Berlin würde endgültig verloren gehen.

In diese gespannte Situation fiel das Treffen des neu gewählten amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy mit dem sowjetischen Staatschef Nikita Chruschtschow am 3. und 4. Juni 1961 in Wien. Chruschtschow drängte auf den Abschluss eines Friedensvertrages und drohte wiederum, diesen einseitig mit der DDR zu vollziehen, wenn die USA nicht bereit seien, auf seinen Vorschlag einzugehen. Auch der Bundesrepublik würde man separat einen Friedensvertrag anbieten. Damit wäre dann der Kriegszustand beendet und alle aus der Kapitulation rührenden Verpflichtungen hinfällig. Dies betreffe sämtliche Besatzungsrechte und auch den Zugang nach Berlin, einschließlich der Luftkorridore. Chruschtschow drohte, jede

Verletzung der dann entstandenen Souveränität der DDR würde als Kriegserklärung gewertet.

Kennedy verdeutlichte dagegen, dass mit Chrustschows Vorschlag den USA die legalen Rechte auf Anwesenheit in Berlin genommen werden sollen und damit die Möglichkeit, die Verpflichtungen gegenüber den zwei Millionen Bewohnern der Stadt zu erfüllen. Das würde die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen der Partner in die USA erschüttern. Es gehe nicht nur um Berlin, sondern um ganz Westeuropa und um die Sicherheit der USA, für die Berlin ein wichtiger strategischer Punkt sei. Kennedy wollte das politische Kräftegleichgewicht der Nachkriegsordnung aufrechterhalten, dessen Verschiebung er für gefährlich hielt. Die beiden Vertreter der Großmächte trennten sich in Wien, ohne eine Einigung gefunden zu haben.

Bei einer Rede an die Nation am 25. Juli 1961 benannte Kennedy noch einmal die Grundsätze, die vonseiten der USA für West-Berlin galten und verteidigt würden: das Recht auf die Präsenz der Westmächte in der Stadt, das Recht auf den freien Zugang zur Stadt und die Existenzsicherung von West-Berlin und seiner Bewohner. Sie sind als seine „Three Essentials“ in die Geschichte eingegangen. In einer groß angelegten Informationskampagne wurden diese Grundsätze weltweit bekannt gemacht. Kennedy formulierte sie ausdrücklich für West-Berlin, jedoch nicht für Gesamtberlin, wie es dem Sonderstatus entsprochen hätte. Diese Position signalisierte der Sowjetunion, dass Kennedy ihre originären Siegerrechte in ihrem Sektor respektierte und im Interesse der Vermeidung einer militärischen Konfrontation die Grenzschießung akzeptierte.¹⁵

DIE DDR VOR DEM MAUERBAU

Mit Beginn der Sommerferien 1961 stieg die Fluchtwelle aus der DDR sprunghaft an. Viele nutzten die Gelegenheit, ihre

Flucht als Urlaubsfahrt zu tarnen. Sie reagierten damit sowohl auf die außenpolitische Situation als auch auf die dramatische Wirtschaftslage und die drastischen Versorgungsprobleme, die sich immer weiter zuspitzten.¹⁶

In einer Propagandaoffensive stellte die SED die Fluchtbewegung als gezielte Abwerbung aus dem Westen dar. Zur Verhinderung von Fluchten gründete sie in den Betrieben „Komitees gegen den Menschenhandel“, angebliche „Menschenhändler“ wurden in inszenierten Prozessen zu hohen Strafen verurteilt. Mit diesem Vorgehen versuchte die SED davon abzulenken, dass die Flüchtlinge aus freiem Willen die DDR verließen. Angegriffen wurden auch sogenannte Grenzgänger; Menschen, die im Ostteil der Stadt oder im Berliner Umland wohnten und ihren Arbeitsplatz in West-Berlin hatten.¹⁷ Sie wurden auf den Bahnhöfen verschärft kontrolliert, teilweise wurde ihnen der Ausweis entzogen, sodass sie nicht mehr ihre Arbeitsstellen in West-Berlin aufsuchen konnten. Ihre Anzahl war aufgrund des Wirtschaftsgefälles zwischen West- und Ost-Berlin vor dem Mauerbau auf 56.000 angestiegen.¹⁸ Die Vergünstigungen der Grenzgänger, die einen Teil ihres Lohns in D-Mark ausgezahlt bekamen, wurden propagandistisch genutzt, um Neid und Missgunst unter der Bevölkerung zu schüren und das rigide Vorgehen staatlicher Stellen gegen diese Personengruppe zu rechtfertigen. Der in Westgeld ausgezahlte Lohnanteil sollte einem Zwangsumtausch unterliegen, viele Leistungen in der DDR fortan mit D-Mark beglichen werden. Anfang August wurden die Grenzgänger dazu gedrängt, ihre Arbeitsstellen in West-Berlin aufzugeben und sich in DDR-Betrieben arbeitssuchend zu melden.

Die Propaganda der SED zielte darauf ab, West-Berlin als gefährlichen Krisenherd im Ost-West-Konflikt anzuprangern. Sie unterstellte der Bundesregierung intensive

Kriegsvorbereitungen mit dem Ziel, die DDR und Teile Polens erobern zu wollen.

Die zunehmenden Maßnahmen gegen Flüchtlinge und Grenzgänger sowie die heftige Propagandakampagne in der DDR ließen im Westen die Erkenntnis reifen, dass es nicht bei einzelnen Schikanen bleiben würde. Eine Fernsehrede Nikita Chruschtschows am 7. August 1961 weckte bei Beobachtern die Befürchtung, dass umfassende Sperrmaßnahmen an der Berliner Grenze zu erwarten seien. Man rechnete aber damit, dass die Maßnahmen sich auf den „Ring um Berlin“ beziehen würden. Niemand kam auf die Idee, die Stadt könnte innerstädtisch abgeriegelt werden. Das war eine völlige Fehleinschätzung, wie sich bald zeigen sollte.

ENTSCHEIDUNGEN ZUM MAUERBAU UND VORBEREITUNG DER GRENZSCHLISSUNG

Nach Aussagen des stellvertretenden tschechoslowakischen Verteidigungsministers Jan Šejna, der 1968 in den Westen überlief, hatte der Staatsratsvorsitzende der DDR und SED-Parteichef, Walter Ulbricht, bereits auf einer Tagung des Warschauer Paktes am 28. und 29. März 1961 die Überlegung vorgetragen, durch Berlin eine Stacheldrahtbarriere zu ziehen.¹⁹ Vor diesem Hintergrund wird Ulbrichts Ausspruch auf der Pressekonferenz am 15. Juni 1961 verständlich, niemand habe die Absicht, eine Mauer zu bauen, der sich durch die Ereignisse am 13. August endgültig als Lüge entlarven sollte. Auch die Tatsache, dass bereits große Mengen an Baumaterialien wie Zaunpfähle und Stacheldraht in Berlin lagerten, um solche Absperrmaßnahmen zu realisieren, deutet auf längerfristige Planungen hin. Die Entscheidung zur Grenzschießung fiel schließlich im Juli und Anfang August 1961.²⁰

Ulbricht hatte sich aufgrund der Ergebnisse des Wiener Gipfels und der dramatischen Versorgungskrise in der DDR, die mit einer steigenden Abwanderung der Bevölkerung verbunden war, zu einer propagandistischen Offensive entschlossen. Darin forderte er die Lösung der Berlin-Frage und den Abschluss eines Friedensvertrages. Gleichzeitig drängte Ulbricht die sowjetische Führung zur sofortigen Grenzschießung. Chruschtschow bezog in seine Entscheidung, die am 20. Juli getroffen worden sein soll, Erkenntnisse der Geheimdienste über die militärische Stärke der Westmächte, die amerikanische Politik und geplante Abwehrmaßnahmen mit ein.²¹

In die Entscheidung wurden auch die Warschauer-Pakt-Staaten eingebunden. Vom 3. bis 5. August 1961 fand in Moskau eine Konferenz ihrer Parteiführer statt, auf der die mit dem Vorschlag eines Friedensvertrages verbundenen Probleme und die der offenen Grenze zu West-Berlin diskutiert wurden. Walter Ulbricht wurde von den Genossen wegen des langsamen Wirtschaftswachstums und der hohen Konsumausgaben in der DDR heftig kritisiert. Ulbricht bekräftigte seine Position, die offene Grenze zu West-Berlin sei als Ursache zu sehen und verlangte eine umgehende Abriegelung. Die Warschauer-Pakt-Staaten befürchteten jedoch bei einer Grenzschießung unkalkulierbare Wirtschaftssanktionen, die sich nicht nur auf die DDR auswirken würden.

Es gab für das Problem nur zwei mögliche Lösungen: Die vollständige Kontrolle aller Zugangswege nach West-Berlin, auch der Luftkorridore – oder der Mauerbau. Da die komplette Kontrolle der Luftwege nicht realisierbar war, führte Ulbrichts Drängen auf die sofortige Grenzschießung und die inzwischen von Chruschtschow übernommene Position zur Problematik der offenen Grenze zur

entsprechenden Unterstützung der vorgesehenen Maßnahmen.²²

Ein zentrales Argument für die Entscheidung war die brisante wirtschaftliche Lage der DDR und der täglich anwachsende Flüchtlingsstrom. Nach der Rückkehr Walter Ulbrichts von der Moskauer Konferenz begann das Politbüro der SED mit der Umsetzung des in Moskau bestätigten Beschlusses, der in Abstimmung mit der sowjetischen Seite technisch bereits in Vorbereitung war. Volkskammer, Ministerrat und Ost-Berliner Magistrat verabschiedeten am 10. und 11. August Beschlüsse zur Grenzschießung, deren Wortlaut von der SED vorgegeben wurde. Nur die wichtigsten Genossen an den Schaltstellen der Macht wurden eingeweiht, um die geplanten Maßnahmen so lange wie möglich geheim zu halten.

Parallel zu den logistischen Vorbereitungen lief die Propaganda auf Hochtouren, um die Bürger auf die einschneidenden Maßnahmen vorzubereiten. So beschwor Ulbricht auf einer Großveranstaltung Gefährdungen durch einen Angriff aus dem Westen, gegen den sich die DDR zu schützen habe. Dabei ging es der SED-Führung mit der geplanten Grenzschießung nicht um den Schutz der DDR-Bürger vor dem Westen, sondern um die Unterbindung des freien Zuganges nach West-Berlin. Das Ziel war die Stabilisierung der DDR.

Der Haupteinsatzstab stand unter Leitung des ZK-Sekretärs Erich Honecker. Er koordinierte das komplexe Vorgehen zur Grenzschießung. Beim Ministerium für Nationale Verteidigung wurde eine operative Gruppe gebildet, in deren Händen die Durchführung der Aktion lag. Zwar waren die sowjetischen Truppen in der DDR und den angrenzenden Ostblockstaaten zwischen Mai und Juli 1961 um mehrere Hunderttausend Mann verstärkt worden.²³ Für die Abriegelung der Grenze war jedoch der Einsatz von DDR-

Grenzpolizei, Bereitschaftspolizei und Betriebskampfgruppen vorgesehen. Einheiten der Nationalen Volksarmee (NVA) hatten in der zweiten Linie in Bereitschaft zu stehen, um im Ernstfall einen Angriff aus West-Berlin aufzuhalten. Eine dritte Sicherungsstaffel bildeten die sowjetischen Truppen am „Ring um Berlin“.

Mit der innenpolitischen Absicherung des Mauerbaues war das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) beauftragt.²⁴ Die Aktion firmierte unter den Namen „Aktion Rose“ und „Aktion Ring“ und galt flächendeckend für das gesamte Gebiet der DDR.²⁵ Die Ergebnisse der intensiven Beobachtung der Bevölkerung waren in den ersten beiden Tagen in stündlichen Berichten an das Ministerium weiterzugeben. Sämtliche Post im grenzüberschreitenden Verkehr wurde einer Kontrolle unterworfen, der Telefonverkehr nach Westdeutschland war komplett unterbrochen. Es galt, eine totale Überwachungssituation herzustellen.

15 Pf
A 2032 A

B.Z.

Nr. 187 • 85. Jahr / Berlin, Sonntag, 13. August 1961

26185
62-

Extrablatt

Seit heute früh:

BLOCKADE über Ost-Berlin verhängt!

Meist stürker bewölkt / 20 Grad

WETTER:

**Panzer an allen Grenzen
Stacheldraht um Sowjetsektor
Verbot für alle Grenzgänger
Interzonenverkehr normal**